

13.12.2024

Positionspapier zur Sicherung der psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgung in Krisenzeiten

Der Bruch der Ampelkoalition und die aktuelle politische Unsicherheit haben die Verabschiedung wichtiger Gesetzesvorhaben im Bereich psychosozialer und psychotherapeutischer Versorgung ins Stocken gebracht. Dadurch drohen zentrale Reformen für psychisch erkrankte Menschen, insbesondere für Kinder, Jugendliche und vulnerable Gruppen, nicht mehr umgesetzt zu werden. Auch die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung bleibt ungeklärt, was den psychotherapeutischen Nachwuchs gefährdet und die zukünftige psychotherapeutische Versorgungslage weiter zuspitzt.

In dieser schwierigen Lage plädieren die DGVT und DGVT-BV dafür, dringend notwendige Maßnahmen weiterhin voranzutreiben und gesetzlich zu verankern, um eine zukunftsfähige Versorgung sicherzustellen.

Prioritäten für die psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung

- Die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung im ambulanten, stationären und institutionellen Bereich muss gesichert werden.
- Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung: Eine eigene Bedarfsplanung für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen ist dringend erforderlich. Eine verbesserte Koordination von Hilfen für psychisch erkrankte Kinder und ihre Familien ist notwendig, um bestehende Versorgungslücken zu schließen.
Schutz von Minderheiten und vulnerable Gruppen: In Zeiten zunehmender Gesellschaftstauglichkeit von Positionen, die als Ausdruck gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzuordnen sind, fällt der Entwicklung und Förderung von Angeboten gut zugänglicher diskriminierungssensibler Psychotherapie im Speziellen und in psychosozialer Versorgung im Allgemeinen besonders hohe Bedeutung zu. Entsprechend fordern wir u.a. die Fortsetzung und Ausweitung der Finanzierung psychosozialer Zentren zur Unterstützung Geflüchteter, die überfällige Regelung der Kostenübernahme für Sprachmittlung sowie die stabile finanzielle Absicherung von Beratungsangeboten für von Diskriminierung und Gewalt Betroffenen.
- Nationale Suizidprävention: Es bedarf eines verbindlichen Suizidpräventionsgesetzes, das über eine bloße Strategie hinausgeht.

Soziale und gesundheitliche Gerechtigkeit fördern

Die Sicherung der psychosozialen Versorgung darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss im Kontext sozialer Gerechtigkeit stehen:

- Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung: Armut hat gravierende Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Daher sind Maßnahmen zur Förderung der sozialen Teilhabe und Präventionsprogramme in benachteiligten Regionen entscheidend.

- Schutz vor häuslicher Gewalt und Missbrauch: Die Unterstützung von Beratungsstellen und Schutzprogrammen für von häuslicher Gewalt betroffene Menschen, insbesondere Kinder, muss dringend ausgebaut werden.
- Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen: Für eine diskriminierungsfreie und selbstbestimmte Gesundheitsversorgung ist ein Gesetz zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen erforderlich.

Nachhaltigkeit als Teil der gesundheitlichen Versorgung

Die menschengemachte Klimakrise verschärft soziale Ungleichheiten und wirkt sich negativ auf die psychische Gesundheit aus. Deshalb sind ganzheitliche Lösungsansätze erforderlich, die sowohl soziale als auch ökologische Herausforderungen berücksichtigen.

Die DGVT und DGVT-BV werden die Entwicklungen weiterhin kritisch begleiten und sich für eine nachhaltige Verbesserung der psychosozialen Versorgung einsetzen. Wir fordern eine entschlossene Umsetzung dieser Maßnahmen, unabhängig von der aktuellen politischen Instabilität, um die gesundheitliche Versorgung in Deutschland zukunftssicher zu gestalten.